

Haushaltsrede für 2021

21. Dezember 2020

(es gilt das gesprochene Wort)

2020 – das Jahr der Covid19-Pandemie.

Ein Virus vermochte es, das öffentliche Leben auf dem gesamten Globus phasenweise lahm zu legen und unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben nachhaltig zu beeinflussen. Von einem normalen „*Status quo*“ sind wir weit entfernt. Auch in der Beurteilung des vorliegenden Haushalts können wir nicht vom Normalen ausgehen.

Als erstes wieder ganz kurz der Blick auf die Situation im laufenden Covid19-Jahr (2020). Im Ergebnishaushalt ist durch die Pandemie eine Deckungslücke von 2,4 Mio. Euro aufgetreten. Diese konnte nur ausgeglichen werden je hälftig zum einen durch finanzielle Hilfen von Land und Bund und zum anderen durch das Sperren von Maßnahmen. Maßnahmen, die zum größten Teil in den Folgejahren wieder aufgenommen werden müssen. Im Finanzhaushalt 2020 entstanden Mehrkosten unter anderem durch höhere Submissionsergebnisse (Campus). Diese konnten durch Kürzung anderer Maßnahmen ausgeglichen werden. Allerdings gilt auch hier, dass diese im nächsten Jahr dann nachfinanziert werden müssen. Das Decken der in diesem Jahr durch Covid19 entstandenen finanziellen Lücke belastet dementsprechend die Haushalte der darauf folgenden Jahre. Tendenziell wird wohl der im Haushaltsplan ausgewiesene Verlust von knapp 900.000 Euro erreicht bzw. leicht unterschritten werden.

In dem uns vorliegenden Haushalt sind die Ergebnisse der Klausurtagung (Juli), der Finanzausschusssitzung (November) und der abschließenden Haushaltsberatung (Ende November) eingeflossen. So wurden im Ergebnishaushalt Maßnahmen im Bauunterhalt reduziert oder verschoben, verschiedene Gebühren angepasst, Planungsraten eingedampft, die Schwimmbäder in den Eigenbetrieb Versorgungsbetriebe ausgelagert und ein globaler Minderaufwand von 0,5 Mio. Euro vorgesehen. Auf Steuererhöhung wurde in diesem Jahr nach der letztjährigen Runde verzichtet. So konnten wir erreichen, dass der Verlust im Ergebnishaushalt, der zuerst mit 6 Mio. Euro beziffert war, auf „nur“ 4 Mio. gedrückt wurde.

Sicher ist ein Teil des veranschlagten schlechten Ergebnisses für 2021 der Pandemie geschuldet. Die konjunkturellen Rahmendaten haben sich verschlechtert. Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der Pandemie ergänzen die schlechte Ausgangslage. Ob weiter

staatliche Hilfen in ähnlicher Höhe wie in 2020 fließen werden, ist unwahrscheinlich. Die Corona-Pandemie ist für unseren Haushalt aber nicht die einzige Quelle der Schieflage. Schon vorher hatte das Landratsamt der Stadt die Genehmigung des Haushalts 2020 nur unter den Bedingungen in Aussicht gestellt, (u.a.) dass sowohl Investitionen überprüft, notfalls gestrichen werden, als auch dass Verbesserungen im Ergebnishaushalt erzielt werden. Dazu haben wir uns auch in den Klausurtagen intensiv Gedanken gemacht und viele Sparansätze vorbehaltlos erörtert. Im zurückliegenden Jahr hat aber eben dieser Gemeinderat, schon mitten in der Pandemie und während andere Kommunen schon alles auf vorläufigen „Halt“ gesetzt hatten, verschiedene Beschlüsse gefasst, die genau die obige Zielsetzung konterkarieren - sowohl mit Auswirkung auf den Ergebnishaushalt, als auch auf den Finanzhaushalt. Die Installation eines technischen Beigeordneten, das Stadtteileltern-Projekt, Veränderungen und Ergänzungen beim Campus-Projekt, die Garten- und Wiesentalbahn sind Beispiele für Beschlüsse, die für 2020 und die Folgejahre nicht im Haushalt vorgesehen waren. Für mich ist das ein Widerspruch in sich - auf der einen Seite den Sparwillen herausstreichen, auf der anderen Seite sehenden Auges die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune zusätzlich strapazieren.

Mittlerweile hat sich die Situation weiter verschärft. Über den Finanzplanungszeitraum fallen im Ergebnishaushalt hohe Verluste an, über diese drei Jahre (2022 bis 2024) rund 7,5 Mio. Euro. Der Ergebnishaushalt müsste umgekehrt aber Überschüsse generieren, um das hohe Investitionsvolumen, das wir haben, zu finanzieren. Weil der Ergebnishaushalt das in der momentanen Planung nicht leisten kann, beträgt die veranschlagte Kreditaufnahme bis 2024 voraussichtlich 22 Mio. Euro, vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Deswegen mahnt das Landratsamt wieder an, dass trotz der Pandemie die „dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune“ durch einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt bis spätestens Ende 2024 gewährleistet werden muss. Ziel muss also eine Verbesserung im Ergebnishaushalt von 2,5 Mio. Euro sein. Ein immens hoher Betrag und eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Steuererhöhungen werden nicht zu umgehen sein, sollten aber das letzte Mittel bleiben. Alle Weisungs-, Pflicht- und freiwillige Aufgaben müssen schonungslos auf den Prüfstand gestellt werden. Und ich fürchte, wir werden auch heilige Kühe schlachten müssen.

Wir haben eine beachtliche Investitionsliste. Der Campus als Großprojekt beschäftigte uns in nahezu jeder Gemeinderatssitzung. Den mal gesteckten Kostenrahmen einzuhalten, ist uns wahrlich nicht gelungen und hat uns in der Auseinandersetzung damit oft frustriert zurückgelassen. Die Kostensteigerungen haben unterschiedliche Ursachen und es lohnt sich ein differenzierter Blick darauf.

Ich begrüße, dass wir mittlerweile die Campus-Kostenentwicklung im Vorfeld der GR-Sitzungen erhalten, nur so ist uns eine Prüfung der Zahlen möglich.

Das *Kleine Einmaleins* von Bauprojekten besagt: Um Kosten im Rahmen zu halten, dürfen während der Bauphase nur noch wenig Änderungen an der (ursprünglichen) Planung vorgenommen werden. Das setzt eine sorgfältige Planung mit guter Risikoabschätzung zu Beginn voraus.

- Das Risiko der **Baupreissteigerung** wurde auf Forderung des Gemeinderats (2019) in die Kostenprognose aufgenommen und macht nach der Aufstellung der Projektsteuerin ca. ein Drittel der Kostensteigerung aus. Dies ist jedoch immer noch eine fiktive Größe, erst nach Abschluss des Projekts kann diese genau beziffert werden.
- **Kostenerhöhung durch Planungs- und Baufortschritt**, darunter fallen z.B. der Erdbau oder auch Vergaben und Nachträge, machen ein weiteres Drittel der Kostensteigerungen aus. Für diese Kosten müssen sich die Planer regelmäßig vor dem Gemeinderat rechtfertigen, warum geplante Kosten überschritten wurden und welche technischen oder inhaltlichen Anpassungen zur Reduktion der Kosten erörtert wurden. Es gibt einige Beispiele, wo diese Anpassungen gelungen sind, aber oft genug haben wir zu hören bekommen, dass aufgrund des Bauzeitdrucks Anpassungen nicht mehr möglich seien, der Bau sich nur weiter verzögere und damit auch weiter verteuere. Früher mit der Bearbeitung beginnen, könnte hier der Schlüssel zum Erfolg sein.
Man war auch zu Beginn nicht mutig genug, für Sanierungen im Bestand einen Risikoaufschlag in die Kostenprognose einzuarbeiten. Je nach Möglichkeit, die vorhandene Bausubstanz vorher zu begutachten, hätte dieser dann in der Höhe angepasst werden können. So werden „Überraschungen“ wie in der letzten GR-Sitzung zu schmerzlichen Kostenfallen.
- Das letzte Drittel der Kostensteigerungen ist verursacht durch **Änderungen durch den Bauherren, Nutzer und GR-Beschlüsse**.
Ein Beispiel hier ist die bauliche Anpassung der Sporthalle an die geänderte Erbebennorm, die nach der Planungsphase erst bekannt wurde (=„höhere Gewalt“). Grundsätzlich aber sollte zu Baubeginn die konzeptionelle Ausrichtung eines Projekts feststehen und später aus Kostengründen nicht mehr oder nicht ohne triftigen Grund geändert werden. Umso erstaunlicher ist, dass der Gemeinderat im Mai diesen Jahres gleich mehrere solcher konzeptioneller Änderungen weit nach Abschluss der Planungen beschlossen hat. Einer von diesen Beschlüssen war der Erhalt des Technikgebäudes. Mit (für uns) nicht belastbaren Argumenten wurde eine geschätzte Kostensteigerung von einer knappen Million Euro in Kauf genommen - von der Bauzeitverlängerung und von städtebaulichen Nachteilen noch gar nicht gesprochen.

Diese Kröte und einige andere galt es zu schlucken, aber nun soll unser Blick wieder nach vorn gehen. Für das weitere Vorgehen beim Campus ist uns wichtig, dass der neue Vorschlag, die Unterbringung der Mensa im alten Technikgebäude, weiterverfolgt wird, wenn damit alle im Konzept angelegten Anforderungen und Funktionen erfüllt werden.

Viele weitere Projekte und Vorhaben stehen für das nächste Jahr an. Trotz aller Einschränkungen durch Corona darf es keinen Stillstand geben. Aus der Vielzahl möchte ich einige herausnehmen:

- Weil die Bedarfszahlen zur Kinderbetreuung die Einrichtung von zwei U3-Gruppen nahelegen, ist aus unserer Sicht die Aufstockung der KiTa Langenau dringend

notwendig. Mit dem neuen Betreuungsangebot könnten wir auch direkt vor Ort des neuen Baugebietes „Im Stalten“ so die Infrastruktur anpassen.

Bei den Baukosten erwarten wir allerdings, dass die im Haushaltsplan eingestellten Mittel ausreichen bzw. diese darauf gedeckelt werden.

- In den zurückliegenden Monaten hat das Thema der städtebaulichen Entwicklung den Gemeinderat umgetrieben, wir hatten dazu auch einen Klausurtag. Mein Eindruck ist, dass der Wunsch nach einem Gesamtkonzept für die Stadt allgemeiner Konsens ist. Es gibt allerdings im Gemeinderat unterschiedliche Vorstellungen, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitrahmen das zu erreichen ist. Leider haben die Diskussionen darum in der Öffentlichkeit einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen. Im vorliegenden Haushalt ist nun die erste Planungsrate für ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept eingestellt. Das betrifft vorerst das Gebiet von der Reibematt bis zum Friedhofskreisel, weil dieses als besonders dringlich eingestuft wurde. Die Einbeziehung weiterer Gebiete erfolgt aus Kapazitäts- und haushalterischen Gründen später schrittweise.
- Wir begrüßen den Beschluss für den Cityverein. Ein erfolgreiches City-Management unter dem gemeinsamen Dach von Stadt und Gewerbetreibenden soll unsere Stadt zukunftsfähig machen und eine nachhaltige und günstige Stadtentwicklung bewirken. Seit letzter Woche sind wir zurück im harten Lockdown. Zum Erhalt des Einzelhandels in den Innenstädten müssen zukunftsfähige Konzepte gefunden und umgesetzt werden. Umso wichtiger erscheint mir vor diesem Hintergrund die Installation des City-Vereins zu genau diesem Zeitpunkt für Schopfheim.

2020 – das Pandemiejahr. Eine Fragestellung, die ich neulich las und die mich beschäftigte: *War dieses Jahr ein Ausreißer oder der Vorbote für das, was noch kommt?* Die zutreffende Antwort darauf wird sich erst in der Nachbetrachtung ergeben. Letztendlich bleibt uns sowieso nur, uns bestmöglich auf die gegenwärtige Situation einzustellen.

Deswegen möchte ich Ihnen Herr Bürgermeister Harscher und Ihrem ganzen Verwaltungsteam ein dickes Lob aussprechen, wie Sie während der letzten Monate der Pandemie agiert haben. Ein normaler Verwaltungsbetrieb war kaum mehr möglich, eingeschränkter oder Notfallbetrieb eher die Regel. Auf einer Gratwanderung haben Sie sowohl auf der einen Seite das Infektionsgeschehen im Auge behalten und notwendige und verhältnismäßige Entscheidungen getroffen, als auch auf der anderen Seite Lockerungen - wenn möglich - zugelassen. Meine Kollegen und ich möchten uns herzlich dafür bei allen Verantwortlichen in der Verwaltung bedanken.

Für die anstehenden Feiertage wünschen die Freien Wähler allen Anwesenden im Raum, den Bürgerinnen und Bürgern der Teilorte und der Stadt eine gesegnete und hoffentlich unbeschwerte Weihnachtszeit. Geben Sie Acht und bleiben Sie gesund!

Für die Freien Wähler
Hildegard Pfeifer-Zäh